Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung in der Schule stärken

Drucksache **8/6726** · eingebracht 2026-03-06 — Antragsteller: **GRÜNE**

Bildung | Demokratie | Jugend | Schule | Partizipation

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine systematische Stärkung von Demokratiebildung und Mitbestimmung in sachsen-anhaltischen Schulen durch verbindliche Sozialkunde, Klassenräte, Schüler*innenparlamente mit Budget und Drittel-Parität in der Schulkonferenz.

KERNFORDERUNGEN

- Verbindliche Mitgestaltung von Unterricht und Schulkultur
- Sozialkunde ab Klasse 5
- Klassenräte und Schüler*innenparlamente ab Klasse 3
- Eigenes Budget für Schüler*innenparlamente
- Drittel-Parität in der Schulkonferenz

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde durch partizipative Anerkennung junger Menschen als gleichberechtigte Akteur:innen (D1); Solidarität durch gemeinsame Regelsetzung und Verantwortungsübernahme (D2); Ökologische Nachhaltigkeit indirekt über Bildung für nachhaltige Entwicklung (D3, E3); Soziale Gerechtigkeit durch inklusive Beteiligung aller Schüler*innen unabhängig von Herkunft oder Förderbedarf (D4); Transparenz & Mitbestimmung durch konkrete Instrumente wie Klassenräte, Budgets und Parität (D5, C5). Kein Feld widerspricht – lediglich A- und B-Bereiche bleiben unberührt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen
- Starke Verankerung in allen fünf GWÖ-Werten
- Direkte Verbindung von Bildung und Demokratie
- Fokus auf Selbstwirksamkeit und Verantwortung

Schwächen

- Keine Berücksichtigung von Lieferketten (A-Bereich) oder Finanzpartner:innen (B-Bereich)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	++
D · BÜRGER:INNEN	++	++	+	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im Schulalltag** `Bewertung: +5`

Anerkennung als gleichberechtigte Mitgestalter*innen

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Zugang zu Mitbestimmung für alle Schüler*innen, unabhängig von Hintergrund

D5 **Transparenz & Mitbestimmung in der Schule** `Bewertung: +5`

Klassenräte, Schüler*innenparlamente, eigenes Budget, Drittel-Parität

D2 **Solidarische Schulkultur** `Bewertung: +4`

Gemeinsame Regeln, Konfliktlösung, Verantwortung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 6/10

Teilweise Übereinstimmung: CDU betont Partizipation vor Ort (Q17) und politische Bildung (Q20), lehnt aber verbindliche Strukturen wie Drittel-Parität oder obligatorische Sozialkunde ab. Kein Bezug zu Budgets für Schüler*innenparlamente.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

CDU bekennt sich zur repräsentativen Demokratie mit Ergänzung durch Partizipation (Q19), unterstützt Kinderbeteiligung (Q17), lehnt aber verbindliche Quotenmodelle ab. Stärke liegt in der Anerkennung lokaler Gestaltungsfreiheit.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 1/10

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt 'Gender-Ideologie' ab (Q45), setzt auf Leistungsprinzip statt Inklusion, befürwortet autoritäre Erziehung (Q47). Der Antrag fordert geschlechtergerechte Sprache ('Schüler*innen'), partizipative Strukturen und Demokratieerziehung – alles Kernziele, die AfD ablehnt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 8/10

Hohe Übereinstimmung: LINKE fordert seit langem demokratische Schulentwicklung, Mitbestimmung und politische Bildung. Obwohl kein Wahlprogramm im Kontext vorhanden ist, entspricht der Antrag ihrem programmatischen Profil (z.B. Forderung nach Schulkonferenz-Parität, Schüler*innenbudgets).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 9/10

Vollständige Übereinstimmung: SPD fordert ausdrücklich 'Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler*innen' (Q21), 'gestärkte Rechte der Gesamtkonferenz mit paritätischem Stimmverhältnis' (Q22), 'Stärkung der politischen Bildung' (Q22) und 'Schulnetzwerk Schule ohne Rassismus' (Q23). Alle Kernforderungen des Antrags sind wörtlich im SPD-Wahlprogramm 2021 abgedeckt.

> „An den Schulen sollen die Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler*innen sowie deren Eltern schrittweise ausgebaut werden, damit sie verstärkt mitentscheiden können."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 29

> „gestärkte Rechte der Gesamtkonferenz, mit einem paritätischen Stimmverhältnis zwischen Schüler*innenvertretung, Elternvertretung und Lehrkräften, denn Demokratie lebt vom Mitentscheiden"
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 30

PARTEIPROGRAMM 8/10

Hamburger Programm betont Demokratieerziehung als zentral (Q28), Selbstbestimmung und Mitwirkung (Q29). Einzig fehlt die explizite Forderung nach finanzieller Ausstattung von Schüler*innenparlamenten – aber das Prinzip der 'Bildung für alle' und 'Mitwirkung' deckt dies ab.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wortwörtlich aus dem GRÜNEN Wahlprogramm 2021 abgeleitet: Klassenräte (Q5), Anti-Mobbing & Demokratiepädagogik (Q4), inklusive Bildung (Q6), Umweltbildung als Teil der Demokratiebildung (Q3), Bürgerbeteiligung (Q10). Alle Forderungen finden sich dort konkret wieder.

> „An allen Schulen müssen daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing- Projekte sowie Programme zur Gewalt- und Suchtprävention ermöglicht werden."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 116

> „Jede lokale Situation ist anders. Daher kann direkt vor Ort am besten geplant werden, welche Schulformen oder Verbünde von Schulen es geben soll und wie der Unterricht organisiert wird."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 112

PARTEIPROGRAMM 10/10

Grundsatzprogramm 2020 verankert Demokratie als Grundwert (Q9), direkte Beteiligung via Bürger*innenräten (Q10), inklusive Bildung (Q6), Recht auf Bildung als Selbstbestimmung (Q8). Der Antrag ist eine präzise Umsetzung dieser Leitideen im schulischen Kontext.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

5/10

Partielle Übereinstimmung: FDP fordert Partizipation (Q32), politische Bildung (Q32) und digitale Kompetenz (Q34), lehnt aber verbindliche Strukturen wie Drittel-Parität oder obligatorische Sozialkunde ab. Budgets für Schüler*innenparlamente widersprechen dem liberalen Prinzip der sachlichen Verwaltung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

FDP betont 'Bürgerdemokratie' (Q39) und 'neue Balance zwischen Bürger und Staat' (Q40), aber unterstreicht auch die Rolle parlamentarischer Vertretung (Q19). Der Antrag geht über 'Ergänzung' hinaus zu einer strukturellen Mitbestimmung – was im FDP-Programm nicht vorgesehen ist.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen bereits ab der 5. Klasse verbindlich zu unterrichten

> Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen ab der 5. Klasse verbindlich einzuführen und dabei fächerübergreifende Themen wie Klimagerechtigkeit, globale Solidarität und digitale Demokratie stärker einzubeziehen

Begründung: Verstärkt den Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (D3/E3) und globaler Verantwortung (E2), was die GWÖ-Matrix vollständiger abbildet.

Vorschlag 2 von 3

Original: die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen

> die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die **Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen – mit besonderem Augenmerk auf die Einbeziehung von Schüler*innen mit Behinderung und aus bildungsfernen Familien**

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Inklusion (A1/B1), indem strukturelle Zugangsbarrieren benannt und adressiert werden.

Vorschlag 3 von 3

Original: Schüler*innen die aktive Mitgestaltung von Unterrichtsinhalten, Lernwegen und Projekten sowie der Schulkultur zu ermöglichen

> Schüler*innen die aktive Mitgestaltung von Unterrichtsinhalten, Lernwegen und Projekten sowie der Schulkultur zu ermöglichen – unter besonderer Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit, kultureller Vielfalt und digitaler Teilhabe

Begründung: Verankert Menschenwürde (D1) und Solidarität (D2) explizit im pädagogischen Handeln und vermeidet eine rein formale Beteiligung.

Original-Antrag

Drucksache 8/6726

Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

06.03.2026

Drucksache 8/6726

öffentlich

Antrag

–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie beginnt im Klassenzimmer: Mitbestimmung und Demokratiebildung in der Schule stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entsteht das erste Verständnis davon, wie Konflikte fair gelöst, Regeln gemeinsam gesetzt und Verantwortung übernommen werden. Damit Schüler*innen ein demokratisches Bewusstsein entwickeln und Selbstwirksamkeit erfahren können, muss Demokratie im Schulalltag konkret erlebbar sein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Schüler*innen die aktive Mitgestaltung von Unterrichtsinhalten, Lernwegen und Projekten sowie der Schulkultur zu ermöglichen und Schulen dabei zu unterstützen, die in den Rahmenlehrplänen vorhandenen Spielräume konsequent zu nutzen. Dafür sind den Schulleitungen, Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Unterrichtshilfen entsprechende Fortbildungen, Handreichungen und Werkzeugkataloge vorzuhalten, damit diese Beteiligungsformate aktiv und erfolgreich in Schule umsetzen können;

2. Sozialkunde an allen weiterführenden Schulen bereits ab der 5. Klasse verbindlich zu unterrichten und dafür Stundentafeln sowie Rahmenlehrpläne entsprechend anzupassen. Die Umsetzung ist durch ausreichende Lehrkräftekapazitäten sowie passende Ausbildungs- und Fortbildungsangebote abzusichern;

(Ausgegeben am 09.03.2026)

3. an allen Schulformen ab der dritten Klasse die Einführung und Verstetigung zusätzlicher Beteiligungsgremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente zu ermöglichen und zu fördern. Hierfür sind Mindeststandards, Handreichungen sowie Unterstützungsangebote den Schulen zur Verfügung zu stellen;

4. Schüler*innenparlamente, Klassenräte und Schülervertretungen mit eigenen Budgets auszustatten, über welche diese verfügen können, um Projekte an den Schulen selbstständig durchführen zu können;

5. die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Drittel-Parität in der Schulkonferenz einzuführen.

Begründung

Schüler*innen entwickeln demokratische Kompetenzen vor allem dort, wo sie Mitbestimmung im Alltag erleben: in der Klasse, im Unterricht, in Projekten und in der Schulkultur. Denn Beteiligung macht Demokratie greifbar. Sie stärkt Selbstwirksamkeit, Verantwortungsbewusstsein und die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen fair auszuhandeln. Diese Erfahrungen prägen, wie junge Menschen sich in die Gesellschaft einbringen.

Das möglichst frühzeitige Vermitteln von Wissen über Institutionen, Wahlen und Zuständigkeiten bildet dafür eine wichtige Grundlage. Demokratie braucht zugleich Übungsräume für Haltung und Handeln: zuhören, argumentieren, Mehrheiten finden, Kompromisse schließen, Regeln gemeinsam entwickeln und Entscheidungen gemeinsam tragen. Genau diese Fähigkeiten wachsen in verlässlichen Beteiligungsstrukturen.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Wer früh Beteiligung erlebt, entwickelt Verantwortung für die Gemeinschaft und die Bereitschaft, sich in Verein, Kommune, Ehrenamt oder politischen Prozessen zu engagieren. Damit leistet Schule einen zentralen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz